

Evaluation und Weiterentwicklung des Integrationskonzeptes 2012

**im Rahmen der Sitzung des Arbeitskreises Migration vom 22. Oktober 2014
und durch Kurz-Berichte aus den beteiligten Fachämtern, Arbeitskreisen und
Beratungsstellen**

Anwesend:

Frau Borgmann, Kreis Düren, Amt für Familie, Senioren und Soziales
Frau Breuer, Kreis Düren, Jugendamt
Frau Haußmann, Kreis Düren, Kommunales Integrationszentrum
Frau Hötker, Vorsitzende des Integrationsrates der Stadt Jülich
Frau Hourtz, Kreis Düren, job-com
Frau Kaptain, Kreis Düren, Amt für Schule, Bildung und Sport
Frau Lenzen, Stadt Jülich, Integrationsbeauftragte
Frau Lüdeke, Diakonie des Kirchenkreises Jülich
Frau Rössler, Evangelische Gemeinde zu Düren
Herr Rellecke, Schulrat für den Kreis Düren
Herr Schevardo, Schulrat für den Kreis Düren
Herr Schumacher, Ordnungsamt Kreis Düren

Kurzberichte durch:

Frau Falkenhagen, Kreis Düren, Personalamt
Frau Peitz, Kreis Düren, Gleichstellungsstelle
Frau Savelsberg, Kreis Düren, Gesundheitsamt
Frau Uerlich, SkF, Jugendmigrationsdienst
Und Recherchen der Unterzeichnerin.

Der Arbeitskreis Migration hatte in seiner Sitzung vom 16.10.2013 vereinbart, das vorhandene Integrationskonzept nach einem Jahr kritisch zu hinterfragen.

Aufgrund des engen Zeitrahmens war es am 22.10.2014 nur möglich, die zentralen Punkte des Integrationskonzeptes anzusprechen und kurz über neue Entwicklungen zu berichten.

Fachämter, die zu dem Arbeitskreistermin verhindert waren, haben ihre Informationen schriftlich oder telefonisch an das KI weiter gegeben.

Rückmeldungen nach Kapiteln des Integrationskonzeptes geordnet:

1. Die Ziele und Leitlinien des Integrationskonzeptes bleiben bestehen.
- 2. Interkulturelle Unterstützung rund um das Thema Schwangerschaft und Geburt**

Die Frage nach spezifischen Angeboten in Schwangerschaftskonflikten für muslimische Frauen wurde in diesem Jahr nicht verfolgt. Stattdessen wurde der Präventionsansatz durch die Kooperation zwischen Krankenhäusern und die Einstellung von zwei Kinderkrankenschwestern im Jugendamt gestärkt.

Die Kreishebamme unterstützt regelmäßig Flüchtlingsfamilien und arbeitet hier eng mit dem Dolmetscherdienst des Kommunalen Integrationszentrums, den Migrationsfachdiensten und den Krankenhäusern zusammen.

Der Babybegrüßungsdienst erreicht auch in zunehmendem Maße Familien mit Migrationshintergrund und informiert sie über bestehende Unterstützungsangebote im Kreis Düren. Zugangsbarrieren zu Beratungsangeboten werden dadurch gesenkt.

Ausblick:

Es bleibt abzuwarten, ob durch die entwickelten Hygienestandards für Asyleinrichtungen die Situation insbesondere für Schwangere und Kleinkinder in Asylbewerberunterkünften verbessert werden kann.

Die Unterstützung von Schwangeren und Müttern von Kleinkindern, die als Asylsuchende in den Kreis Düren einreisen, wird an Bedeutung zunehmen.

3. Eltern stärkende Angebote

Das Katholische Forum hat im Jahr 2013 neue Elterntrainerinnen für die „Schritt-für-Schritt-Elterngruppen“ ausgebildet und das Angebot weiterführen können.

Einige Familienzentren bieten zweisprachige Spielgruppen für Unter-drei-jährige (Griffbereit) und Rucksackgruppen für Eltern von drei bis sechs-jährigen Kindern an.

Ausblick:

Ziel bleibt weiterhin die Ausweitung von mehrsprachigen Elternbildungsangeboten in Kindertagesstätten und Grundschulen.

4. Interkulturelle Orientierung in Kindertageseinrichtungen

Das Kommunale Integrationszentrum hat seine Fortbildungsreihe für Erzieherinnen „Sprachliche Bildung im Elementarbereich“ fortgesetzt. Im Jahr 2013 wurden mit 11 Fortbildungstagen 13 Einrichtungen erreicht und 23 Zertifikate an Erzieher/innen vergeben, die diese Fortbildung erfolgreich abgeschlossen haben.

Auch mit dem neuen Kinderbildungsgesetz wird diese Fortbildungsreihe weiter fortgesetzt und an die neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen angepasst.

Zwei Arbeitskreise, in denen sich Kindertagesstättenleiterinnen und Erzieher/innen zum Thema „Migrationsgesellschaftliche Öffnung der Kindertagesstätten“ fachlich fortbilden und austauschen können, finden weiterhin statt und werden von ca. 15 – 20 Teilnehmer/innen regelmäßig in Anspruch genommen.

Nach dem Kinderbildungsgesetz NRW (KiBiz) erhalten zukünftig die Kindertageseinrichtungen mit besonderem Bedarf eine zusätzliche Förderung. Sie richtet sich nach der Zahl von Kindern in SGB II-Bezug und der Zahl von Kindern in deren Familien nicht Deutsch gesprochen wird. (Siehe Vorlage Drs.-Nr. 213/14 für den Jugendhilfeausschuss) Das Bundesprogramm „Frühe Chancen“, durch das bisher sieben Kindertagesstätten begünstigt wurden, läuft Ende 2014 aus. Alle dadurch geförderten Kitas, sind aber jetzt durch das Landesprogramm begünstigt und können daher ihr zusätzliches Personal halten.

Die Zahl der Kinder mit Sprachförderbedarf in Kindertagesstätten ist weiterhin konstant geblieben.

Ausblick:

Zur Zeit gelingt es insbesondere in der Stadt Düren nicht, allen neu eingewanderten Kindern ein Betreuungsangebot zu machen. Hier sind besondere Anstrengungen notwendig, diese Familien zu beraten und bei der Suche nach einem Bildungs- und Betreuungsangebot zu unterstützen.

Durch das Projekt „Kein Kind zurück lassen“ erhält das Thema „Prävention“ im Kreis Düren eine neue Dynamik. Ergebnisse sind bisher in Kreuzau erzielt worden. Wie sich dies auf die Chancengleichheit von Kindern mit Migrationshintergrund auswirkt bleibt abzuwarten.

5. Interkulturelle Öffnung von Schule

Das Projekt „QuisS – Qualität in sprachheterogenen Schulen“, das vom Kommunalen Integrationszentrum mit Schulen umgesetzt wird, konnte erweitert werden. Inzwischen nehmen 9 Schulen (6 Grundschulen, 2 Gesamtschulen, 1 Realschule) an dem Projekt teil. In Düren konnte wieder ein Feriensprachcamp mit einer Grundschule durchgeführt werden.

Das Amt 50 hat einen Leseclub in Kooperation mit der Martin-Luther Grundschule eingerichtet. Ehrenamtliche Lesepaten lesen dreimal wöchentlich mit den Grundschulkindern in einem eigens eingerichteten Raum im Kreishaus. Das Angebot wird gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung in Kooperation mit der Stiftung Lesen.

Ausblick:

In allen 9 Schulen finden in diesem Schuljahr intensive Lehrerfortbildungen und Schulentwicklungsprozesse statt, die vom KI durchgeführt bzw. begleitet werden. Der Schulpsychologische Dienst berät die beteiligten Schulen im Hinblick auf ein erfolgreiches Veränderungsmanagement. Für 2015 sind zwei weitere Feriensprachcamps geplant.

5.2 Förderung der Mehrsprachigkeit

Hier hat es keine Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr gegeben. Eine Ausweitung des Herkunftssprachlichen Unterrichts im Schuljahr 2015/16 ist im Hinblick auf steigende Einwandererzahlen zu erwarten.

5.3 Förderung von Seiteneinsteigern

Auch bei rasant steigenden Zahlen von Seiteneinsteigern in das Schulsystem werden im Kreis Düren (noch) alle Schülerinnen und Schüler zeitnah eingeschult.

Das Burgau-Gymnasium konnte mit einer neuen Seiteneinsteigerklasse hinzu gewonnen werden.

Die Hauptschulen in Düren setzen ihre erfolgreiche Arbeit mit steigenden Schülerzahlen weiter fort. Jede Hauptschule kooperiert systematisch mit nahe gelegenen weiterführenden Schulen um die leistungsstarken Schüler/innen so schnell wie möglich in andere Schulformen vermitteln zu können.

Am Berufskolleg für Technik wurde ein Deutschkurs für berufsschulpflichtige Seiteneinsteiger eingerichtet. Dieser wird zur Zeit vom Förderverein des KI finanziert.

Ebenfalls wird an vier Grundschulen Deutschförderunterricht durch den Förderverein des KI finanziert, um die Grundschulen mit einer größeren Zahl von Seiteneinsteigern zu unterstützen und eine erfolgreiche schulische Integration zu gewährleisten.

Ausblick:

Angesichts rasant steigender Schülerzahlen wird es notwendig sein, weitere Seiteneinsteigerklassen einzurichten. Insbesondere an einer Realschule und an Grundschulen werden neue Angebote benötigt. In den Hauptschulen sind voraussichtlich zusätzliche Klassen notwendig, insbesondere vor dem Hintergrund der auslaufenden Hauptschule in Gürzenich.

Im Berufskolleg für Technik soll im kommenden Schuljahr eine Seiteneinsteigerklasse für Berufsschulpflichtige eingerichtet werden, die insbesondere mit Berufsorientierungsangeboten verbunden werden sollte.

5.4 Islamischer Religionsunterricht

Ein Versuch, Islamischen Religionsunterricht an der Grundschule in Aldenhoven einzurichten ist an mangelndem Interesse der Eltern gescheitert.

Aus anderen Grundschulen sind keine entsprechenden Initiativen bekannt. Eine Veranstaltung des Islamforums zu diesem Thema war kaum besucht.

Ausblick:

Die Frage nach Islamischem Religionsunterricht an Schulen im Kreis Düren wird voraussichtlich auch im kommenden Jahr kaum an Relevanz gewinnen.

6. Übergang von der Schule in den Beruf

Der Bereich Übergang von der Schule in den Beruf ist von der Landesregierung neu geordnet worden. Zukünftig sollen alle Schüler/innen der achten Klassen ein Berufsorientierungsangebot erhalten. Die notwendigen Maßnahmen sollen durch die neu geschaffene Institution „KAoA – Kein Abschluss ohne Anschluss“ in der Kreisverwaltung koordiniert und begleitet werden.

Die job-com fördert und entwickelt weiterhin Qualifizierungs-Maßnahmen für Jugendliche, von denen viele Jugendliche mit Migrationshintergrund erreicht werden. Spezifische Maßnahmen für diese Zielgruppe finden nicht statt.

Die vielfältigen Maßnahmen in diesem Bereich aufzuführen würde den Rahmen dieses Protokolls sprengen.

Dem Ziel, die migrationsgesellschaftliche Orientierung der Maßnahmen und damit deren Wirksamkeit im Hinblick auf die Zielgruppe der Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu verbessern, konnte aufgrund der o.g. strukturellen Veränderungen noch nicht näher gekommen werden.

Ausblick:

Das Programm „Produktionsschulen“ mit 100 Plätzen, durch das insbesondere schulmüde Jugendliche erreicht werden sollen, befindet sich im Aufbau und wird sich auch an Jugendliche mit Migrationshintergrund wenden.

Ob die Homepage, die durch das Regionale Übergangsmanagement „RÜM“ aufgebaut wurde, von der neuen Einrichtung „KAoA“ weiter geführt werden kann, ist offen.

Die Verbesserung der migrationsgesellschaftlichen Orientierung der Maßnahmen im Übergang Schule-Beruf bleibt Ziel des KI, ein Interkultureller Trainer steht hierfür zur Verfügung.

7. Arbeitsmarkt

Die umfassenden Maßnahmen der job-com, die in aller Regel nicht auf die spezifische Zielgruppe „Migranten“ fokussiert sind, können hier nicht umfassend aufgeführt werden. Die im Integrationskonzept 2012 beschriebenen zielgruppenspezifischen Maßnahmen sind ausgelaufen, neue sind nicht bekannt.

Das Projekt „Berufsbezogene Sprachförderung“ der Fortbildungsakademie der Wirtschaft (FAW) findet weiterhin statt.

Das KI hat im Rahmen seiner Schwerpunktbildung besonders die Förderung gut gebildeter Einwanderer mit ausländischen Bildungsabschlüssen im Blick. Ein Seminar für diese Zielgruppe wurde auch 2014 mit 15 Teilnehmer/innen durchgeführt.

Ausblick:

Eine besondere Herausforderung ist die rasant steigende Zahl von Asylbewerbern. Viele sind jung und an der Schwelle zum Beruf. Hier adäquate Maßnahmen zu entwickeln, damit sie ihre Potentiale entfalten können, ist eine große gesellschaftliche Herausforderung, der nicht allein kommunal begegnet werden kann. Der Integrations- und Migrationsausschuss hat die Verwaltung beauftragt, ein Konzept zur Arbeitsvermittlung dieser Zielgruppe zu entwickeln.

Die Beratung zur Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse wird zur Zeit vom Jugendmigrationsdienst und von der Migrationsberatung für Erwachsene

durchgeführt. Die Einrichtung einer spezialisierten Beratung im Rahmen der „Beratung zur beruflichen Entwicklung“ durch die VHS Rur-Eifel ist für 2015 geplant.

8. Integrationskurse und Migrationsfachdienste

Das Angebot an Migrationsfachdiensten und Integrationskursanbietern ist stabil geblieben.

Die Angebote „Mama-lernt-deutsch“ scheitern häufig an nahezu unüberwindbaren bürokratischen Hürden. In Aldenhoven konnte trotzdem ein Angebot eingerichtet werden. An einigen Schulen finden Elterndeutschkurse statt.

Der Idealbildungsverein hat gemeinsam mit dem Jugendamt der Stadt Düren eine Kinderbetreuung durch Tagesmütter parallel zu den Deutschkursen eingerichtet. Dieses Angebot erreicht allerdings überwiegend türkisch sprechende Teilnehmer/innen.

Einmal im Jahr stellen sich Beratungsstellen in einem mehrsprachigen Workshop mit Dolmetscherinnen den Integrationskursteilnehmerinnen vor. Im Jahr 2014 wurde dieses Angebot erstmalig an zwei Vormittagen, einmal für Männer und einmal für Frauen, durchgeführt. Es wurden damit ca. 100 Teilnehmer/innen erreicht.

Ausblick:

Angesichts steigender Einwandererzahlen geraten die vorhandenen Migrationsfachdienste an die Grenzen ihrer Belastbarkeit.

Das Angebot an Integrationskursen muss ausgeweitet werden, um den steigenden Bedarf zu decken.

Der Beschluss des Integrations- und Migrationsausschusses, einen Deutschkurs für Asylbewerber einzurichten, wird ab Dezember 2014 umgesetzt. Die Zahl der Teilnehmer/innen (20) und die Zahl der Stunden (ca. 200) sind allerdings sehr begrenzt und entsprechen bisher nicht dem Bedarf.

Der Bedarf, insbesondere an Intensivkursen mit einem Sprachniveau über dem Niveau „B1“, ist nicht gedeckt. Hier bedarf es dringend einer Anpassung des Angebotes an den Bedarf. Die Integrationsagentur plant hier in einer Maßnahme, Internet-gestützte Selbstlernprozesse zu unterstützen.

9. Jugendhilfe

Die Kooperation zwischen Jugendamt und Kommunalem Integrationszentrum wurde intensiviert. Insbesondere der Ehrenamtliche Dolmetscherdienst wird zunehmend von Mitarbeiter/innen des Jugendamtes in Anspruch genommen.

Ausblick:

Neue Herausforderung für das Jugendamt ist eine steigende Zahl unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge (noch) auf niedrigem Niveau. Eine engere

Zusammenarbeit zwischen Jugendamt, Migrationsfachdiensten, Schulen und KI ist angebahnt.

10. Gesundheit

Besonders die steigende Zahl von Einschulungsuntersuchungen von Seiteneinsteigern in das Schulsystem ist eine wachsende Herausforderung, die aktuell noch mit dem vorhandenen Personalschlüssel bewältigt werden konnte.

Das Projekt MiMi – Mehrsprachige Informationsveranstaltungen zu verschiedenen Gesundheitsthemen, wurde mangels Nachfrage eingestellt.

Der Arbeitskreis Migration und Gesundheit hat sich mit der Gesundheitsgefährdung von Asylbewerbern in Asylunterkünften beschäftigt. Das Gesundheitsamt hat sich dieser Thematik angenommen und Mindeststandards auf der Grundlage der Vorgaben des Landes NRW formuliert, die den Städten und Gemeinden im Kreis Düren zur Kenntnis gebracht wurden.

Im Rahmen eines Regionalen Projektes zur Interkulturellen Öffnung der Altenpflege (Zirqel) wurden eine Fachtagung und eine Multiplikatorenschulung durchgeführt.

Pflegeschulung haben an der Fortbildung "Interkulturellen Kompetenzen" im Kreishaus teilgenommen. Damit wurde Beitrag zur migrationsgesellschaftlichen Sensibilisierung in der Pflege geleistet.

Der vom Amt für Familie, Senioren und Soziales heraus gegebene mehrsprachige Demenzwegweiser ist weiterhin sehr gefragt.

Ausblick:

Die Einhaltung der Hygiene-Standards in Asylunterkünften wird künftig vom Gesundheitsamt stärker überprüft.
Das Thema migrationsgesellschaftliche Anpassung der Altenpflege wird an Bedeutung gewinnen.

11. Migrantinnen und Migranten im Sport

Der Kreissportbund hat sich mit der Thematik „Rassismus im Fußball“ auseinandergesetzt und dazu eine Informationsveranstaltung durchgeführt und im Sportausschuss darüber berichtet. (siehe Drs.Nr. 149/14)

Ausblick:

Weitere geplante Aktivitäten sind dem AK Migration nicht bekannt.

12. Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund

Der „Arbeitskreis Beratung ausländischer Frauen“ hat zwei sehr gut besuchte Fachtagungen durchgeführt: „Soziale Rechte für Frauen aus EU-Ländern“ und „Soziale Rechte von Frauen aus Nicht-EU-Ländern“ .

Der Verein „Goldrute e.V.“ – Migrantinnen Netzwerk gegen häusliche Gewalt, hat erstmalig einen Zuschuss des Kreises zur Einstellung einer Koordinatorin auf Mini-job-Basis erhalten. In den Räumen der Evangelischen Gemeinde zu Düren wurde ein Büroraum eingerichtet und die Arbeit weiter professionalisiert.

Eine erfolgreiche Aktion zum weltweiten Tag „One-billion-rising“ am 14.2.2014 wurde vom Verein „Goldrute“ und dem Runden Tisch gegen Gewalt an Frauen durchgeführt.

Ausblick:

Der Kurdische Kulturverein ist an den Runden Tisch gegen Gewalt an Frauen herangetreten um gemeinsame Solidaritätsaktionen gegen die Gewalt an Frauen in Syrien und im Irak durch die Terrormiliz „IS“ durchzuführen.

Eine weitere Fortbildung im Hinblick auf Soziale Rechte von ausländischen Frauen ist für 2015 geplant.

Eine erneute Veranstaltung zu „One-billion-rising“ unter der Schirmherrschaft des Landrates und des Bürgermeisters der Stadt Düren ist für den 14.2.2015 geplant.

13. Interkulturelle Öffnung von Verwaltung und sozialen Diensten

Menschen mit Migrationshintergrund werden in Ausschreibungen weiterhin gezielt angesprochen.

Die statistische Darstellung der Erfolge erweist sich jedoch als schwierig, da nicht immer Bereitschaft besteht, dieses Merkmal zu offenbaren.

Im hausinternen Fortbildungsprogramm werden regelmäßig Interkulturelle Trainings für Mitarbeiter/innen angeboten und gut angenommen.

Ein Mitarbeiter des Kommunalen Integrationszentrums hat die Fortbildung zum Interkulturellen Trainer abgeschlossen.

Das KI hat 2014 ein "Training gegen Stammtischparolen" mit allen Mitarbeiter/innen absolviert.

Bestandteil der Ausbildereignungslehrgänge des Studieninstituts Aachen ist eine Interkulturelle Schulung, diese wurde 2014 erstmalig vom KI Kreis Düren durchgeführt.

Die Vergabe des „Interkulturellen Siegels“ ist wieder aufgenommen worden. Insbesondere werden die Einrichtungen, die vor drei Jahren erstmalig das Siegel erhalten haben, zur Zeit re-zertifiziert.

Ausblick:

Das Angebot von Interkulturellen Trainings kann hausintern und für Soziale Einrichtungen erweitert werden.

Die Erfassung von Mitarbeiter/innen mit Migrationshintergrund soll überarbeitet werden, um eine realitätsnähere Einschätzung zu erhalten.

Ein Interkulturelles Training der Mitarbeiter/innen der Ausländerbehörde ist in Planung.

13.1 Dolmetscherdienst

Das Kommunale Integrationszentrum hat Ende 2013 den Ehrenamtlichen Dolmetscherdienst von der Diakonie des Kirchenkreises Jülich übernommen. 2014 wurde das Angebot erstmals im Jahresprogramm des KI veröffentlicht. Seit dem steigt die Inanspruchnahme kontinuierlich. (siehe Statistik)
Der Integrations- und Migrationsausschuss hat die finanzielle Ausstattung 2014 erhöht.
Fortbildungen für die Dolmetscher/innen werden regelmäßig vom KI angeboten.

Ausblick:

Die steigende Inanspruchnahme des Ehrenamtlichen Dolmetscherdienstes hat einen höheren Finanzbedarf zur Folge. Eine Unterstützung durch externe Finanzmittel (Spenden, Sponsoren) wird voraussichtlich notwendig werden.

14. Umsetzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes

Aktivitäten im Bereich der Antidiskriminierungsarbeit fanden auf Kreisebene nicht statt.
In der Gemeinde Aldenhoven wurden ehrenamtliche Antidiskriminierungsbeauftragte eingesetzt. Die Bündnisse gegen Rechtsextremismus in Düren und Aldenhoven haben ihre Arbeit fortgesetzt.

Ausblick:

Das Kommunale Integrationszentrum wird im Rahmen der Interkulturellen Schulungen den Aspekt der Diskriminierung verstärkt mit thematisieren.

15. Wirtschaftsförderung für Einwanderer im Kreis Düren

Es fanden Gespräche mit dem "International Business Network Aachen – BNA" und der Wirtschaftsförderung des Kreises Düren statt. Ziel war die Durchführung einer gemeinsamen Veranstaltung in Düren.
Leider konnte dieses Ziel 2014 nicht realisiert werden, da das BNA hierzu keine freien Kapazitäten hatte.

Das Kompetenzzentrum "Frau und Beruf" der Region Aachen hat einen Stammtisch für Unternehmerinnen mit Migrationshintergrund in Düren durchgeführt.

Ausblick:

Die Zusammenarbeit mit dem BNA wird beendet, da nicht absehbar ist, dass der Kreis Düren davon profitieren kann.

Die Zusammenarbeit mit dem Kompetenzzentrum "Frau und Beruf" kann intensiviert werden, sofern die Kapazitäten in Aachen dies zulassen.

16. Stärkung der Partizipation von Migrantinnen und Migranten

Durch landesgesetzliche Regelungen ist die Position der Integrationsräte gestärkt worden. In Jülich und Düren wurden nach neuem Recht Integrationsräte gewählt und haben sich konstituiert. Im Kreis Düren wurde erneut ein Integrations- und Migrationsausschuss eingerichtet. Alle drei Gremien haben ihre Arbeit aufgenommen.

Die Begleitung der Migrantenselbstorganisationen durch die Integrationsagentur der Evangelischen Gemeinde zu Düren ist fortgesetzt worden. Sie haben eigene Projekte beantragt und bewilligt bekommen. Insbesondere der Verein BANA Afrika e.V. aus Jülich hat einen Landeszuschuss bekommen, um seine Vereinsarbeit zu professionalisieren.

Einige Vereine haben eine Zusammenarbeit mit der Evangelischen Familienbildungsstätte aufgenommen und bieten in diesem Rahmen Kurse an. Das "Haus für alle" in Düren-Nord ist fertig gestellt worden und bietet auch Migrantenselbstorganisationen neue räumliche Möglichkeiten.

Einzelne Vereine werden bei Bedarf vom Kommunalen Integrationszentrum unterstützt und begleitet.

In Jülich konnten sich in einem Seminar der VHS und der Stadt „Die Politik in unserer Stadt mitgestalten“ potentielle Integrationsratsmitglieder auf ihre Aufgabe vorbereiten. Damit war die Stadt Jülich eine von 20 Modellstädten, die vom Land NRW gefördert wurden.

Ausblick:

Noch immer besteht eine hohe Dynamik von Migrantenselbstorganisationen, die sich neu gründen, aber auch wieder ihre Arbeit einstellen. Einige Organisationen haben ihre Arbeit soweit verstetigt und professionalisiert, dass sie sich zu einer festen Institution in Stadt und Kreis Düren entwickeln, z.B. der Irakisch-kurdische Kulturverein, Amal und Aman in Düren; BANA Afrika e.V., Wurzeln e.V., Al Sadek e.V. und der Marokkanische Kulturverein in Jülich und die im Islamforum Düren zusammengeschlossenen muslimisch-religiösen Vereine.

16.2 Stärkung der Partizipation durch Einbürgerung

Die jährlichen Einbürgerungsfeiern finden weiterhin statt. Das in der Hauptverwaltungsbeamtenkonferenz vorgestellte Angebot, gemeinsam mit kreisangehörigen Gemeinden eine Einbürgerungskampagne durchzuführen wurde von den Kommunen nicht genutzt.

Ausblick:

Die geplanten Änderungen im Staatsbürgerschaftsrecht in Bezug auf die verbesserten Möglichkeiten Mehrfachstaatsangehörigkeiten auch für in Deutschland geborene Nicht-EU-Bürger auszuweiten, werden zu einem erhöhten Verwaltungsaufwand führen.

Erhöhungen der Einbürgerungszahlen sind unter den derzeitigen rechtlichen Regelungen nicht zu erwarten.

17. Förderung der Gleichberechtigung der Religionen

Das Islamforum hat mit einem Festakt im Leopold-Hoesch-Museum sein 10-jähriges Bestehen gefeiert. Die langjährigen Mitglieder haben zu dem Anlass ihre Arbeit als sehr erfolgreich bewertet. Eine Jubiläumsbroschüre wurde veröffentlicht.

Mit zwei Podiumsdiskussionen anlässlich des Bundestags- und des Kommunalwahlkampfes in den Räumen der Moscheevereine haben sich religiöse Muslime als Wähler/innen positioniert und ihre Forderungen an die Politik präsentiert.

Das Ramadanfest 2014 musste abgesagt werden, weil aufgrund der Ferienzeit zu wenig Aktive zur Verfügung standen.

Auf Initiative des Dürener Bündnisses gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt wurde 2013 eine Kunstaktion „Engel der Kulturen“ unter Beteiligung von Christen, Juden und Muslimen durchgeführt. 2014 wurde das gleichnamige Kunstwerk vor dem Haus der Stadt in Düren installiert.

Ausblick:

Das Islamforum wird seine erfolgreiche Arbeit weiter fortsetzen. Auch das Ramadanfest soll weiter geführt werden. Neue Kooperationen im Bereich der Präventionsarbeit gegen Radikalisierungen von Jugendlichen und der Unterstützung von Flüchtlingen werden erprobt.

18. Lokale Härtefallkommission

Der neu konstituierte Integrations- und Migrationsausschuss hat beschlossen, anstelle einer Härtefallkommission einen Migrationspolitischen Beirat mit verändertem Aufgabenbereich zu gründen. Die konstituierende Sitzung hat bereits stattgefunden.

Ausblick:

Der neue Beirat hat sich zum Ziel gesetzt, die Kommunikation zwischen Beratungsstellen, Politik und Kreisverwaltung zu verbessern und dadurch Rechtssicherheit, Kundenorientierung und Willkommenskultur weiterhin zu verbessern. Welche Wirkung der neue Beirat entfalten wird, ist noch nicht absehbar.

Abschließende Vereinbarungen:

Die Anwesenden sind sich einig, dass im nächsten Jahr keine große Integrationskonferenz stattfinden soll. Der Einbezug des Sachverständigen von Migrant*innenorganisationen soll weiterhin durch die vorhandenen Gremien und Beratungsstellen erfolgen.

Die bisherige umfassende und teilweise sehr kleinteilige Form des Integrationskonzeptes soll gestrafft und vereinfacht werden. Zukünftig sollen für jeden Themenbereich nur die wichtigsten Ziele, Maßnahmen und Ergebnisse auf einer Seite zusammengefasst werden.

Gez.
Sybille Haußmann